



# Pressespiegel

Ausgabe: 05.09.2016



## Ausgaben für Azubis sind Investitionen in die Zukunft

Frankfurt am Main, 02.09.2016

Junge Menschen starten mit großer Neugierde und vielen Hoffnungen in ihre berufliche Zukunft. Was sie dann zum Teil erleben, hat mit Ausbildung oft nicht viel zu tun. Sie werden häufig als billige Arbeitskräfte verschlissen. So sind etwa Überstunden - dazu noch unbezahlte - und Aufgaben, die mit der Ausbildung nichts zu tun haben keine Ausnahme.

Viele Betroffene brechen ab, andere werden durch hohen Druck und Stress krank. Betriebe tragen Verantwortung für ihre Mitarbeiter - erst recht für Auszubildende. Diese sollen schließlich später als Fachkräfte mit ihrer Leistung den Erhalt der Unternehmen und Branche sichern.

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert deutliche Verbesserungen bei der Ausbildung von Facharbeitern. Anlässlich des Ausbildungsstarts sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Carsten Burckhardt: „Es muss stärker in die Zukunft der jungen Menschen investiert werden. Der Nachwuchs kann sich inzwischen aussuchen, in welche Ausbildung er geht. Dort, wo die Ausbildungsqualität nicht stimmt, findet sich bald niemand mehr, der diesen Beruf erlernen will.“

Die IG BAU fordert insbesondere, dass Auszubildende von zusätzlichen Ausbildungskosten, wie etwa Fahrgeld und Internatsunterbringungen, befreit werden müssen. Die Qualität der Ausbildung muss durch Kontrollen der zuständigen Stellen und über eine enge Abstimmung zwischen Betrieb und Berufsschulen sichergestellt werden.

Ein weiterer Schritt, die Ausbildungszufriedenheit zu erhöhen, ist die Stärkung der Mitbestimmung junger Menschen im Betrieb. Die IG BAU unterstützt junge Arbeitnehmer bei der Vorbereitung der anstehenden Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV). „Gerade in der Ausbildung besteht ein enormes Machtgefälle zwischen Auszubildenden und dem Chef. Die Mitbestimmung in Betrieben gibt den Beschäftigten die Möglichkeit der Kontrolle und der demokratischen Teilhabe an Entscheidungen, die wichtig sind für ihre Arbeit“, sagte Burckhardt.

Lokalkompass



# Pressespiegel

Ausgabe: 05.09.2016



## Wasser muss Teil öffentlicher Daseinsvorsorge bleiben

Frankfurt am Main, 02.09.2016

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert anlässlich des heutigen Abschlusses der **Weltwasserwoche** in Stockholm, die Kommerzialisierung von Trinkwasser zu stoppen. „Wasser ist keine Handelsware. Es darf nicht den Profitinteressen von Konzernen und Anlegern unterworfen werden.

Europa muss hier international vorangehen und die Versorgung mit Trinkwasser den Märkten entziehen. Dafür brauchen wir eindeutige Regelungen, die festlegen, dass die Wasserver- und entsorgung unverhandelbarer Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ist“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Zugang zu sauberem Wasser muss für jeden möglich sein. Das ist von den Vereinten Nationen längst als Menschenrecht anerkannt worden.“

Die Abhängigkeit der Menschen von Wasser weckt jedoch Begehrlichkeiten von Investoren, die sich eine schrankenlose Liberalisierung des Wassermarktes wünschen. Weltweit sind schon jetzt viele Versorger als wichtigste Wasserlieferanten in ihren Gemeinden privatisiert. Experten schätzen den jährlichen Umsatz im weltweiten Wassermarkt auf 600 Milliarden Dollar. Sogenannte Wasseraktien versprechen ihren Besitzern dabei überdurchschnittlichen Gewinn. „Die Menschen haben von einer Wasserprivatisierung nichts. Im Gegenteil: Die Preise steigen und die mit öffentlichen Mitteln erbaute Infrastruktur zur Ver- und Entsorgung, droht zu verfallen“, sagte Feiger. „Wir brauchen mehr Investitionen in diese Infrastruktur und nicht weniger.“

Lokalkompass